

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 10 | 08.03.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 17/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Kraftfahrlineiengesetz** geändert wird (Erleichterungen und Vereinfachungen für die Konzessionsbehörden; Entfall der Beurkundungspflicht; Schaffung der Möglichkeit des Verzichts auf ein Verfahren, wenn eine Haltestelle bereits genehmigt ist; Ausschluss von Rufbussen im nationalen Bereich)

[BGBl I 18/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (**30. StVO-Novelle**) (Änderung von Verhaltensregeln für Radfahrer sowie Schaffung eines neuen Modells für Radfahrerüberfahrten; Änderung der Modalitäten für den Radfahrausweis; Änderung der Benutzungsregeln von Kleinfahrzeugen und fahrzeugähnlichem Kinderspielzeug; Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung von Versuchen betreffend „Rechtsabbiegen bei Rot“)

[BGBl I 19/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrzeuggesetz 1967 geändert wird (**36. KFG-Novelle**) (zwingende Abfrage bei einer dafür vorgesehenen Datenbank, um zu klären, ob die originalen Fahrzeuggenehmigungsdokumente allenfalls bei einer anderen Stelle hinterlegt sind, um eine Erschleichung eines Duplikats zu verhindern; Verhinderung bzw. Erschwerung von Fahrzeugmanipulationen, die zu einer Verschlechterung des Umweltverhaltens eines Fahrzeugs führen; Entfall der derzeitigen Einschränkung auf eine Fahrschulbewilligung pro Person)

[BGBl II 63/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die Festlegung von Personengruppen (**Personengruppenverordnung 2018** – PersGV 2018)

[BGBl II 66/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Automatisiertes Fahren Verordnung geändert wird (**1. Novelle zur AutomatFahrV**)

[BGBl III 23/2019 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend Änderungen der dem Europäischen Übereinkommen über die internationale **Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstraßen** (ADN) beigefügten Verordnung

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 63 v 04.03.2019, 12](#)

Beschluss (EU) 2019/349 des Rates vom 22. Februar 2019 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Ausschuss der Welthandelsorganisation für das öffentliche Beschaffungswesen zum Beitritt des Vereinigten Königreichs **Großbritannien** und **Nordirland** zu dem überarbeiteten **Übereinkommen** über das **öffentliche Beschaffungswesen** im Zusammenhang mit dem **Austritt des Vereinigten Königreichs** aus der Europäischen Union zu vertreten ist

[ABI L 67 v 07.03.2019, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2019/333 des **Gesamthaushaltsplans** der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2019**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

25.02.2019, [G 7/2019](#)

ZPO; keine Gleichheitswidrigkeit einer Bestimmung der ZPO betreffend die Einschränkung der **Anfechtbarkeit bei „Bagatellberufungen“**; Wertgrenze im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Verfahrensgesetzgebers

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

13.12.2018, [Ro 2017/11/0009](#)

Sbg KrankenanstaltenG; die Rw betreibt in der Stadt Salzburg ein selbständiges Ambulatorium für digitale Bild Diagnostik; sie beantragte die Erweiterung ihrer krankenanstaltenrechtlichen Bewilligung, um ein **PET-MR-Gerät** in ihrem Ambulatorium zu errichten; Bestehen eines **Bedarfs** nach dem PET-MR-Gerät in der Stadt Salzburg; das beantragte PET-MR-Gerät führt (im Vergleich zum bestehenden ähnlichen bildgebenden Gerät des LKH Salzburg [PET-CT]) teilweise zu besseren Diagnoseergebnissen; vor allem aber führt das PET-MR-Gerät für den Patienten zu einer geringeren Strahlenbelastung; das VwG hätte jedenfalls, um eine Verbesserung des Leistungsangebots beurteilen zu können, auch das Ausmaß der Strahlenbelastung, die beim PET-MR-Gerät entfällt, feststellen und berücksichtigen müssen

25.01.2019, [Ra 2018/11/0233](#)

FührerscheinG; eine „**Beibringung**“ des **aufgetragenen amtsärztlichen Gutachtens** (§ 24 Abs 3 erster Satz FührerscheinG) und insoweit eine Befolgung der diesbezüglichen Anordnung (§ 24 Abs 3 sechster Satz leg cit) liegt schon dann vor, wenn sich der Betreffende der amtsärztlichen Untersuchung unterzogen und an ihr mitgewirkt hat; auf die Beibringung eines positiven Gutachtens kommt es demnach, um die Rechtsfolge des Nichtendens der Entziehungszeit hintanzuhalten, nicht an; vielmehr wäre im Falle eines negativen ärztlichen Gutachtens gem § 24 Abs 1 leg cit vorzugehen

29.01.2019, [Ra 2018/08/0181](#)

ÄrzteG; Bereitschaftspflicht von Ärzten; die „Errichtung“ des Bereitschaftsdienstes setzt eine förmliche Beschlussfassung durch die zuständige Ärztekammer voraus, wie es etwa in Oö erfolgt ist; aus einer bloßen „gelebten Praxis“ kann hingegen keine Verpflichtung des Vertragsarztes abgeleitet werden, zumal das konkrete Ausmaß der Verpflichtung nicht bestimmbar bzw von jederzeit möglichen faktischen Änderungen der jeweiligen „gelebten Praxis“ abhängig wäre

30.01.2019, [Ro 2017/06/0025](#)

UVP-G; eine **Bürgerinitiative**, sofern sie die verfahrensrechtlichen Anforderungen des nationalen Gesetzgebers erfüllt, ist als **Teil der betroffenen Öffentlichkeit** iSv Art 1 Abs 2 lit e UVP-RL anzusehen; nach der Judikatur des EuGH kommt ihr daher in Verfahren gem Art 9 Abs 2 iVm Art 6 Aarhus-Konvention ein Recht auf Beteiligung als Partei zu, unabhängig davon, ob ein

solches Verfahren innerstaatlich als „ordentliches“ Genehmigungsverfahren oder als vereinfachtes Verfahren ausgestaltet ist; der in § 19 UVP-G vorgesehene Ausschluss der Parteistellung von Bürgerinitiativen in vereinfachten Verfahren hat unangewendet zu bleiben

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Tir 25.02.2019, [LVwG-2018/15/1757-4](#)

GewO; das **Anbieten von Wohnungen auf Vermittlungsplattformen** unterliegt den Bestimmungen der GewO, zumal von einer vom Anwendungsbereich dieses Gesetzes ausgenommenen reinen Vermietung von Wohnraum nicht mehr die Rede sein kann; bedingt durch den hohen Verwaltungsaufwand durch den ständigen Wechsel der Gäste, das Anbieten der Wohnung über das Internet an einen unbestimmten Personenkreis, die Vermietung nicht nur einer Wohnung sondern auch der dazugehörigen Ausstattung sowie der Verrechnung eines Pauschalpreises anstatt einer Aufschlüsselung in Miet-, Betriebs-, und Energiekosten wird das Gastgewerbe iSd § 111 Abs 1 Z 1 GewO ausgeübt

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

05.03.2019, [Rs C-349/17, Eesti Pagar](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – Verordnung (EG) Nr 800/2008 (Gruppenfreistellungsverordnung) – Art 8 Abs 2 – Beihilfen, die einen Anreizeffekt haben – Begriff ‚Beginn des Vorhabens‘ – Befugnisse der nationalen Behörden – Rechtswidrige Beihilfe – Fehlen eines Beschlusses der Europäischen Kommission oder einer Entscheidung eines nationalen Gerichts – **Verpflichtung der nationalen Behörden, eine rechtswidrige Beihilfe aus eigener Initiative zurückzufordern** – Rechtsgrundlage – Art 108 Abs 3 AEUV – Allgemeiner unionsrechtlicher Grundsatz des Vertrauensschutzes – Entscheidung der zuständigen nationalen Behörde, mit der eine Beihilfe gemäß der Verordnung Nr 800/2008 gewährt wird – Kenntnis von Umständen, die die Förderfähigkeit des Beihilfeantrags ausschließen – Begründung eines berechtigten Vertrauens – Fehlen – Verjährung – Aus einem **Strukturfonds kofinanzierte Beihilfen** – Anwendbare Vorschriften – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Nationale Regelung – Zinsen – Verpflichtung, Zinsen zu verlangen – Rechtsgrundlage – Art 108 Abs 3 AEUV – Anwendbare Vorschriften – Nationale Regelung – Effektivitätsgrundsatz

07.03.2019, [Rs C-420/16 P, Izsák und Dabis / Kommission](#)

Rechtsmittel – Institutionelles Recht – Bürgerinitiative – Verordnung (EU) Nr 211/2011 – Registrierung der geplanten Bürgerinitiative – Art 4 Abs 2 Buchst b – Bedingung, dass die **Bürgerinitiative** nicht offenkundig außerhalb des Rahmens liegt, in dem die Europäische Kommission befugt ist, einen Vorschlag für einen Rechtsakt vorzulegen, um die Verträge umzusetzen – Beweislast – Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt – Art 174 AEUV – Bürgerinitiative ‚Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Erhaltung der regionalen Kulturen‘ – **Anmeldung – Ablehnung** der Kommission

07.03.2019, [Rs C-643/17, Suez II](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Art 37 – Zollkodex der Gemeinschaften – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 313 – **Zollrechtlicher Status** der Waren – **Vermutung des Gemeinschaftscharakters** der Waren

B. SCHLUSSANTRÄGE

05.03.2019, [Rs C-123/18 P, HTTS / Rat \(GA Pitruzzella\)](#)

Rechtsmittel – **Schadensersatzklage** – Restriktive Maßnahmen gegen **Iran** – Ersatz des Schadens, der der Rechtsmittelführerin durch ihre **Aufnahme in die Liste** der Personen und Einrichtungen, deren **Gelder** und **wirtschaftliche Ressourcen eingefroren** sind, entstanden sein soll – Begriff des hinreichend qualifizierten Verstoßes gegen das Unionsrecht – Begründungspflicht – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz

07.03.2019, Rs C-22/18, TopFit und Biffi (GA Tanchev)

Niederlassungsfreiheit – Unionsbürgerschaft – Art 18, 21, 49 und 165 AEUV – **Diskriminierung** aufgrund der **Staatsangehörigkeit** – Regelung, durch die einem in einem Aufnahmemitgliedstaat ansässigen Unionsbürger das Recht zu einer mit Staatsangehörigen dieses Mitgliedstaats gleichberechtigten Teilnahme an **nationalen Amateur-Leichtathletikmeisterschaften** in der Altersgruppe über 35 Jahren entzogen wird – Möglichkeit einer Teilnahme ‚ohne Wertung‘, wodurch eine Rangwertung von Teilnehmern anderer Staatsangehörigkeit in allen Altersgruppen ausgeschlossen ist – Fehlen einer Übergangsfrist für zum Zeitpunkt der Regelungsänderung in diesem Mitgliedstaat ansässige Unionsbürger – **Horizontale Wirkung** der Niederlassungsfreiheit – Beschränkung – Rechtfertigung – Verhältnismäßigkeit

07.03.2019, Rs C-32/18, Moser (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 5 – Verordnung (EG) Nr 987/2009 – Art 60 – Soziale Sicherheit von **Wanderarbeitnehmern** – Familienleistungen – Anspruch auf die Differenz zwischen dem im vorrangig zuständigen Mitgliedstaat gezahlten **Elterngeld** und dem im nachrangig zuständigen Mitgliedstaat gezahlten **Kinderbetreuungsgeld**

07.03.2019, Rs C-41/18, Meca (GA Campos Sánchez-Bordona)

Vorabentscheidungsersuchen – **Öffentliche Aufträge** – Fakultative Ausschlussgründe – Zulässigkeit – Endgültige Vergabe mit dem Einverständnis des Klägers – Wegfall des Streitgegenstands des Vorabentscheidungsverfahrens – Schwerwiegen des beruflichen **Fehlverhalten** – Kündigung des früheren Auftrags aufgrund von Mängeln bei der Ausführung – **Gerichtliche Anfechtung**, die die Beurteilung der Vertragsverletzung durch den öffentlichen Auftraggeber bis zum Abschluss des gerichtlichen Verfahrens ausschließt

C. GERICHT

06.03.2019, T-289/15, Hamas / Rat

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur **Bekämpfung des Terrorismus** – Einfrieren von Geldern – Möglichkeit, eine **drittstaatliche Behörde** als **zuständige Behörde** im Sinne des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP einzustufen – Tatsachengrundlage der Beschlüsse über das **Einfrieren von Geldern** – Begründungspflicht – Beurteilungsfehler – Eigentumsrecht

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

05.03.2019, Beschwerde Nr 38201/16, Bogonosovy / Russland

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **keine Möglichkeit** für einen Großvater (Bf), nach der **Adoption** seiner Enkelin den **Kontakt** zu ihr aufrechtzuhalten; **fehlende Prüfung** eines bestehenden **Familienverhältnisses** nach der Adoption durch die nationalen Behörden; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 5.000,--

07.03.2019, Beschwerde Nr 22350/13, Sallusti / Italien

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungsäußerungsfreiheit); **Verurteilung** des Chefredakteurs einer Zeitung (Bf) wegen **Verleumdung**; der Bf schrieb in einem Artikel, dass ein dreizehnjähriges Mädchen von ihren Eltern und dem Vormundschaftsrichter zu einer Abtreibung gezwungen wurde; **Verletzung** der **Persönlichkeitsrechte** des Mädchens, der Eltern und des Richters; **Verhängung** einer **Haftstrafe** gegen den Bf war jedoch **nicht angemessen**; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 12.000,--

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Katharina Annreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.